



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung I Punkt 10 der öffentlichen Sitzung am 16. Februar 2017

Antrags-Nr. 17-F-12-0001

Maßnahmen zur Senkung der Stickstoffdioxid-Belastung in der Landeshauptstadt Wiesbaden - Antrag der LKR & ULW-Stadtverordnetenfraktion vom 11.01.2017

Wiesbaden hat ein Stickstoffdioxid-Problem. An den Messstationen Schiersteiner Straße und Ringkirche wird der zulässige Jahresmittelwert von 40 Mikrogramm/Kubikmeter seit Beginn der Messungen in 1992 bzw. 2012 deutlich überschritten. Nur an der dritten Messstation, Wiesbaden-Süd, liegen die Jahresmittelwerte seit 1998 unterhalb des Grenzwerts. Insbesondere wochentags während des Berufsverkehrs ist die Belastung durch Stickstoffdioxid enorm hoch, es werden Werte von über 80 Mikrogramm/Kubikmeter erreicht. Innerhalb Hessens schneiden nur die Messstationen Limburg Schiedel und Darmstadt Hängelstraße schlechter ab.

71,6% der Stickoxide in Wiesbaden werden durch den Verkehr produziert. Daran haben Diesel-Pkw mit 49,7% den mit Abstand größten Anteil (Benzin-Pkw: 7,3%). Die Stickstoffdioxid-Direktemissionen betragen innerhalb der Gesamtstickoxidmenge 71,7% von Diesel-Pkw (Benzin-Pkw: 1,4%).

Stickoxide und vor allem Stickstoffdioxid reizen die Atemwege, können Lungenödeme hervorrufen, beeinträchtigen die Lungenfunktion, schädigen Gewebe und Abwehrzellen in der Lunge, haben gentoxische Auswirkungen, verursachen Entzündungen und haben Auswirkungen über die Lunge auf den übrigen Körper. Bei Vorerkrankten mit Asthma oder Chronisch obstruktiver Lungenerkrankung (COPD) ist die Wirkung noch verstärkt. Langzeiteffekte sind eine erhöhte Sterberate, eine verzögerte Lungenfunktionsentwicklung sowie mehr Asthma- und Bronchitis-Symptome. Ein langfristig tolerabler Schwellenwert, bei dem keine Schädigungen auftreten, ist aus medizinischer Sicht nicht ableitbar.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. ein Konzept zu entwickeln, wie die Stickstoffdioxid-Belastung durch Diesel-Pkw in der Landeshauptstadt Wiesbaden kurz-, mittel- und langfristig zu senken ist.
2. ein zeitliches und schrittweises Dieselfahrverbot innerhalb des o.g. Konzepts genau zu prüfen.
3. zu prüfen, wie viel Zeit betroffene Bürger brauchen, um sich adäquat und finanziell verkraftbar auf die Situation vorzubereiten.
4. zu prüfen, wie betroffene Bürger unterstützt werden können.

Beschluss Nr. 0072

Der Antrag der Fraktion LKR&ULW vom 11.01.2017 betr.

Maßnahmen zur Senkung der Stickstoffdioxid-Belastung in der Landeshauptstadt
Wiesbaden

wird wie folgt angenommen:

1. Der Magistrat wird gebeten,

ein Konzept zu entwickeln, wie die Stickstoffdioxid-Belastung durch Diesel-Pkw und Lkw in der
Landeshauptstadt Wiesbaden kurz-, mittel- und langfristig zu senken ist.

2. Ziffer 2 des Antrages hat durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache ihre Erledigung
gefunden.

3. Ziffer 3 und 4 des Antrages werden von Seiten der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2017

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .02.2017

Dezernat II
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister